

Policy Brief

09/13

Nicht ohne Europa: Wie Deutschland eine europäische Zukunft gestalten kann

Veränderte globale Rahmenbedingungen erfordern europäische Lösungsansätze. Damit Deutschland die Handlungsfähigkeit Europas auch in Zukunft mit gewährleisten kann, müssen deutsch-europäische Interessen identifiziert und muss über die Art ihrer Umsetzung nachgedacht werden. Auch sollte deutsches Engagement in und mit Europa innenpolitisch vermehrt kommuniziert werden, um deutsche Europapolitik mehrheitsfähig zu machen. Die anstehenden Europawahlen sowie die Neubesetzung der Schlüsselpositionen in der EU bieten Berlin dieses Jahr die Möglichkeit, seine Interessen in Europa einzubringen und die Gestaltungskraft Europas zu stärken. Dieses Policy Brief liefert eine Analyse und Empfehlungen, wie das deutsch-europäische Verhältnis über 2014 hinaus zukunftsfähig gemacht werden kann.

1 Deutsche Europapolitik auf dem Prüfstand

Die Wirtschaftskrise hat das europäische Integrationsprojekt auf die Probe gestellt. Populistische und antieuropäische Gegenbewegungen, in Deutschland wie auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten, erhalten weiteren Zulauf. „Europa“ zeigt Risse, und dies zu einer Zeit, in der grundsätzlich mehr, nicht weniger Bedarf nach Europa besteht. Fliehkräfte, einschließlich anhaltender Globalisierungsprozesse und globaler Machtverschiebungen, machen ein europäisches Zusammenrücken unabdingbar, wenn Deutschland – und Europa – auch in Zukunft seinen Wohlstand und seine Sicherheit erhalten und festigen möchte. Der demografische und wirtschaftliche Wandel und die damit einhergehenden veränderten globalen Realitäten unterstreichen diese Notwendigkeit.

Europäische Werte, Institutionen, aber auch strategische Leitlinien und gemeinsames Handeln können den oben genannten Fliehkräften entgegenwirken (siehe Grafik Seite 2).

Deutschland nimmt innerhalb Europas eine bedeutende Rolle ein. Das hängt mit seiner Wirtschaftskraft zusammen, mit dem gewichtigen Anteil, den es zur Lösung der anhaltenden Krise

beisteuert, aber auch mit seiner historischen Rolle als Integrationsmotor. Hinzu kommt, dass andere Staaten zurzeit nur wenige oder konträre Zeichen für Europa setzen, sei es aufgrund wirtschaftlicher Schwäche, wegen mangelnder politischer Führung oder weil ihre innenpolitische Debattenkultur zu Europa wenig konstruktive und nach vorn gerichtete Impulse erwarten lassen. Es liegt also an Deutschland, Visionen und Leitlinien über Europas Zukunft zu formulieren, diese mehrheitsfähig zu machen und, soweit möglich, umzusetzen. Dies erfordert die Identifizierung deutsch-europäischer Werte und Interessen und ein Nachdenken darüber, wie diese in und mit Europa umgesetzt werden können.

In beiden Bereichen besteht Nachholbedarf. Die folgenden Absätze analysieren die Lücken, aber auch die veränderten Rahmenbedingungen für deutsch-europäisches Handeln. Diese erstrecken sich auf drei Ebenen: national, europäisch und global. Alle drei Dimensionen sind eng miteinander verflochten und müssen deswegen in Kombination miteinander angedacht werden. Auf dieser Analyse aufbauend formuliert dieses Policy Brief Ideen und Handlungsanleitungen für eine zukünftige deutsche Politik in und mit Europa.

Markus Berger

Associate 2012/2013

Sarah Drexler

Associate 2012/2013

Daniel Faustus

Associate 2012/2013

Dr. Eva Gross

Fellow 2012/2013

Natalie M. Hess

Associate 2012/2013

Dr. Malte Hübner

Fellow 2012/2013

Dr. Alexander Jonas

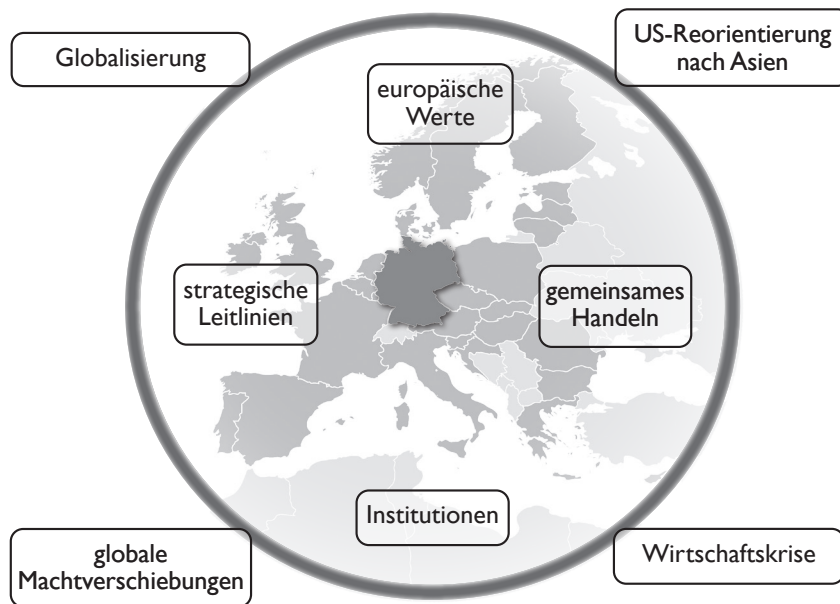
Associate 2012/2013

Dan Krause

Associate 2012/2013

Juri Viehoff

Associate 2012/2013



Über die Definition und Umsetzung von Zielen und Interessen hinaus geht es auch um die Art und Weise, wie diese umgesetzt und auf nationaler, aber auch europäischer Ebene mehrheitsfähig gemacht werden können. Ebenso bedeutsam sind deswegen Stil und Kommunikation.

2 Welche Rolle für Deutschland?

Die Frage nach einer veränderten deutschen Position in Europa, die insbesondere auf der gegenwärtigen wirtschaftlichen Stärke Deutschlands basiert, mündet häufig in den Ruf nach einer möglichen deutschen Führungsrolle. Sie spiegelt sich aber auch in dem oft angeführten Vorwurf wider, Deutschland setze sich zu wenig und zu reaktiv für Europa ein. Hier zeigt sich die in der Wahrnehmung häufig vorherrschende Diskrepanz zwischen dem erheblichen deutschen Engagement bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise und einem

gleichzeitig geringeren oder zumindest weniger sichtbaren Einsatz in anderen Politikbereichen, allen voran der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch geht es um die fehlende Thematisierung Europas im innenpolitischen Diskurs sowie um eine mangelnde Reflexion über die Bedeutung Europas für deutsche Bürgerinnen und Bürger.

Die wahrgenommene Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem und außen- und sicherheitspolitischem Engagement sowie die Debatten über eine mögliche deutsche Führungsrolle haben allerdings auch eine externe Dimension. Historische Ressentiments koexistieren zunehmend mit der Erwartung an Deutschland, in Europa Impulse zu setzen und seine Ressourcen für den Erhalt und die Stärkung Europas einzusetzen. Am vielleicht treffendsten zeigt sich diese Erwartung in der Bemerkung des polnischen Außenministers Sikorski, er fürchte die Macht der Deutschen

weniger, als er ihre Untätigkeit zu fürchten beginne. Vor diesem Hintergrund muss Berlin sich damit auseinandersetzen, welche Akzente es zukünftig in Europa setzen möchte – und wie es Europa, zusammen mit europäischen Partnern und Institutionen, auch in Zukunft global handlungsfähig machen kann.

3 Was kann Deutschland mit und durch Europa erreichen?

Zur Entwicklung von europäischen Zielen und Interessen bedarf es der Reflexion und davon abgeleiteter Handlungslinien. Zum einen betrifft dies den Umgang und die Interessenvertretung gegenüber europäischen Partnern in Bezug auf die Gestaltung und die Kommunikation der deutschen Europapolitik, zum anderen die Werte und Interessen, die Deutschland in und mit Europa vertreten möchte. Hier kommt die nationale Dimension der deutschen Europapolitik zum Tragen.

Der in der deutschen Politik und Öffentlichkeit bestehende Grundkonsens zu Europa darf nicht dauerhaft vorausgesetzt werden. Dies gilt vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Krise, in denen der Steuerzahler einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung leistet, aber auch angesichts außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen, die zivile und militärische Einsätze notwendig machen. Deshalb müssen das deutsch-europäische Grundverständnis, und damit auch die deutsch-europäischen Werte, aktualisiert und neu legitimiert werden.

Über Werte hinaus geht es um die Definition handfester Interessen, die Deutschland in und mit Europa vertreten möchte; wobei deutsch-europäische Werte die Grundlagen für deutsch-europäische Interessen bilden. Dies ist umso wichtiger, da die Rahmenbedingungen, unter denen Europa Sicherheit und Wohlstand gewährleisten kann,

sich gegenwärtig in einem fundamentalen Wandlungsprozess befinden.

3.1 Europa als Friedensprojekt?

Der Wert von Europa als Friedensprojekt hat nicht ausgedient. So zeigten die Ergebnisse einer Umfrage, die von dem Projektteam „Deutsche Europapolitik 2013+“ im März 2013 durchgeführt wurde, dass sich für 80 Prozent der Befragten die Legitimität Europas aus dem Friedenserhalt speist.* Genauso wird ein Auseinanderbrechen Europas als schädlich angesehen. Das Bewusstsein dafür, dass Herausforderungen wie Frieden, Wohlstandserhalt, aber auch Globalisierungsprozesse besser mit als ohne Europa gemeistert werden können, ist groß.

Doch das Bild eines Friedensprojekts ist im Kern ein historisches und nach innen gerichtetes. Als Handlungsanleitung (und -legitimierung) für die vielfältigen außenpolitischen Herausforderungen, mit denen Europa – und damit auch Deutschland – derzeit konfrontiert ist, reicht es aber nicht aus. Deswegen sollte das deutsch-europäische Narrativ aktualisiert und ergänzt werden, um ein stärkeres Engagement in Europa zu legitimieren. Vonnöten ist eine konsensfähige Leitidee für ein europäisches Deutschland, die von der Bevölkerung getragen und in ihrem Kerninhalt auch verstanden wird. Hier gilt es, Reflexionsformate zu finden, damit Werte und Interessen neu überdacht und vermittelt werden können.

3.2 Veränderte Rahmenbedingungen

Frieden und Stabilität, aber auch der Erhalt und die Stärkung multilateraler Institutionen und Regeln bleiben deutsche Kerninteressen. Demokratische Umwälzungen und Transformationen an Europas Süd- und Ostgrenzen verlangen nach politischem, humanitärem und gegebenenfalls auch militärischem Engagement. Spannungen mit

* „Wie steht es um das deutsch-europäische Selbstverständnis? Ergebnisse der snv-Umfrage „Deutsche Europapolitik 2013+“, Impulse 04/13. Berlin, stiftung neue verantwortung, März 2013

Russland über die zukünftige geopolitische und wirtschaftliche Ausrichtung der Ukraine oder der andauernde Bürgerkrieg in Syrien sind nur zwei Beispiele, die aufzeigen, wie wenig isoliert Europa von Krisenherden in seiner Nachbarschaft ist.

Die gegenwärtige US-amerikanische strategische Orientierung nach Asien macht ein zukünftiges militärisches Engagement Washingtons in Europas Umfeld weniger wahrscheinlich. Deutschland und Europa werden deshalb sicherheitspolitisch zunehmend auf sich gestellt sein. Gleichzeitig verlangt ein volatiles Sicherheitsumfeld, das von transnationalen Herausforderungen sowie Fragen zu Energie- und Cyber-Sicherheit geprägt ist, zusätzlich nach politischem, allerdings auch zivilem und militärischem Engagement. Auch verschmelzen zunehmend die Grenzen zwischen interner und externer Sicherheit. Hier leisten europäische und multilaterale Lösungsansätze einen wichtigen Beitrag.

Langfristig gewichtig sind globale Machtverschiebungen. Europa – als Teil des „Westens“ – wird in den kommenden Jahrzehnten relativ zum „Rest der Welt“ an Einfluss verlieren. Dies gilt sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich. Zusammen mit den anderen europäischen Staaten muss Deutschland hier Wege definieren, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Einzelne Länder, Deutschland inbegriffen, werden sich diesem Trend und aufstrebender Konkurrenz nicht entgegenstellen können. Globale Herausforderungen sind langfristig deshalb nur kollektiv und europäisch, nicht national zu bewältigen. Sie machen einen anderen Umgang mit neuen Partnern und die Gestaltung und Umsetzung eines neuen Ansatzes erforderlich, der Europa so weit wie möglich mit einbindet.

3.3 Neue Mächte

Die Bundesregierung hat mit dem Konzept „Globalisierung gestalten“ 2012 ein Zeichen gesetzt und sich dieser Thematik aktiv zugewandt. In der

Praxis allerdings bleiben die Beziehungen mit neuen Mächten bisher vornehmlich bilateral angelegt. Auch besteht zwischen der Politik – in der es ein Bewusstsein über den Bedarf eines bilateralen, aber ergänzend auch eines europäischen Ansatzes gibt – und der Wirtschaft, in der es weiterhin um bilaterale Interessen und Wertschöpfung geht, eine Diskrepanz, die es zu überwinden gilt, um europäische Ansätze möglich zu machen.

Neue Mächte setzen sich zunehmend mit ihren externen Interessen und diplomatischen Instrumenten auseinander. Verstärktes Engagement kann durchaus zu konstruktiver Zusammenarbeit führen. Das Festhalten an nationaler Souveränität zulasten multilateraler Herangehensweisen und der Zusammenschluss zu neuen Gruppierungen wie z. B. den BRICS zeigen allerdings auch, dass von neuen Mächten zukünftig Akzente gesetzt werden könnten, die mit bestehenden Institutionen konkurrieren. Auch wenn der Fortbestand einzelner Gruppierungen nicht vorausgesetzt werden sollte, zeigt dies doch das neue Selbstbewusstsein dieser Staaten und die Notwendigkeit für Europa, sich auf veränderte Umstände einzustellen. Erhöhte Verteidigungsausgaben und Aktivitäten wie zum Beispiel im Südchinesischen Meer deuten außerdem darauf hin, dass insbesondere China zunehmend sicherheitspolitische Ambitionen hegt, die regionale Konflikte verschärfen könnten.

Es gilt also, einem europäischen Einflussverlust entgegenzusteuern und neue Mächte – soweit möglich – in Lösungsprozesse einzubeziehen. Aufgrund Deutschlands herausragenden wirtschaftlichen, aber auch politischen Gewichts innerhalb Europas kommt Berlin hier eine besondere Stellung zu. Viele Partner, allen voran China, orientieren sich zuerst an Deutschland – und danach nicht unbedingt an der EU, die oft als zu wenig handlungsfähig oder wegweisend wahrgenommen wird. Kurzfristig mag solch ein privilegierter Sta-

tus in Deutschlands Interesse sein, da politischer Einfluss so leichter zu erlangen und Handelsinteressen schneller durchsetzbar erscheinen. Langfristig allerdings könnte sich das als Nachteil erweisen, denn der hervorgehobene Status Deutschlands löst nicht unbedingt das kollektive Problem der globalen Machtverschiebung, die Deutschland als Teil des europäischen Kontinents negativ betrifft – vor allem wenn bilateraler Einfluss nicht ausreicht, um Politik zu verändern. Enge bilaterale Beziehungen schließen einen europäischen Ansatz nicht aus. Damit beides aufeinander aufbaut und sich ergänzt, muss ein europäischer Ansatz langfristig entwickelt und begleitet werden: Berlin darf nicht voraussetzen, dass ohne eigenes Zutun auf der europäischen Ebene ein komplementärer Ansatz existiert, auf den man bei Bedarf zugreifen kann.

4 Handlungsanleitungen

Die EU ist für Deutschland eine Chance, globale wirtschaftliche und politische Entwicklungen mitzugestalten. Sie verkörpert außerdem eine institutionelle Basis, um eine europäische Politik zusammen mit Partnern zu entwickeln und umzusetzen. 2014 können Institutionen durch personelle Neubesetzungen gestärkt werden und Bürger sowie nationale Parlamente durch die Europawahlen Einfluss nehmen. Sicherheitspolitisch hat der europäische Verteidigungsgipfel im Dezember 2013 einen Prozess angestoßen, den es jetzt zu vertiefen gilt. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist also günstig, um Akzente für eine europäische Zukunft zu setzen.

Die Handlungsanleitungen, die aus den veränderten Rahmenbedingungen folgen, haben eine interne und eine externe Komponente. Auf der nationalen Ebene zielen sie auf die Schaffung und Kommunikation eines zukunftsorientierten Europabildes, um einen (krisenfesten) Rückhalt der Bevölkerung zu sichern. Auf der europäischen Ebene geht es um die Art der Umsetzung deutscher und europäischer Interessen, um nicht

historische Ressentiments aufkommen zu lassen, andere Mitgliedsstaaten für eigene Ideen zu gewinnen und diese gemeinsam umzusetzen. Auf globaler Ebene muss sich Deutschland damit auseinandersetzen, wie es einen europäischen Ansatz gestalten kann, um dem gegenwärtigen Prozess der Machtverschiebung hin zum „Rest der Welt“ aktiv zu begegnen.

4.1 National

4.1.1 Europa kommunizieren

Innenpolitisch bedarf Europa größerer Aufmerksamkeit. Die Bundestagswahl im September vergangenen Jahres, in der Europa trotz seiner großen Bedeutung kaum thematisiert wurde (mit Ausnahme einer populistischen Randbewegung, die gefährlich nahe an die Fünf-Prozent-Hürde, und damit an demokratische Mitgestaltung, gekommen ist), stellte eine verpasste Gelegenheit dar, Werte und Ideen für die Zukunft Europas in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Auch sollte der Mehrwert der EU und seiner Institutionen fundierter thematisiert und deutsches Engagement in und durch Europa offensiver angedacht und der Bevölkerung nahegebracht werden. Alle politischen Akteure sollten hier einen Beitrag leisten, indem sie Europa verstärkt thematisieren und ein mögliches gemeinsames europäisches Vorgehen in nationalen Debatten stärker berücksichtigen.

Langfristig bedarf es des Aufbaus und der Unterstützung unterschiedlicher Dialogformate, die verschiedene Generationen, aber auch Gesellschaftsschichten einbeziehen, damit ein breites und konsensfähiges Europabild entstehen kann. Für Europa muss geworben werden, denn mangelndes Verständnis provoziert häufig Ablehnung, die sich vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit zu aktivem Widerstand wandeln kann. Grundvoraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche Auseinandersetzung ist ein breites Allgemeinverständnis über die Funktions- und Arbeitsweise der EU und ihren Mehrwert für

Deutschland. Dieser Beitrag muss von Schulen und Forschungseinrichtungen geleistet werden, sollte aber auch durch Medien und Politik aktiv unterstützt werden.

4.2 Auf europäischer Ebene

4.2.1 Einsatz – aber mit Fingerspitzengefühl

Bilaterale Beziehungen, vor allem zu traditionellen Partnern, bleiben wichtig, um europäische Belange zu vertreten und europäische Visionen zu entwickeln. Jenseits seiner wirtschaftlichen Interessen sollte Deutschland außerdem außenpolitisch sichtbarer auftreten und bei seinen europäischen Partnern aktiv für seine Interessen und Initiativen werben.

Deutschlands Größe macht Fingerspitzengefühl notwendig – aber gerade wegen dieser Größe ist ein deutscher Einsatz unumgänglich. Impulse sollten deshalb im Einklang mit europäischen Partnern entwickelt und umgesetzt werden. Es bedarf einerseits eines sensiblen Umgangs mit anderen Mitgliedsstaaten, andererseits zukünftiger Investitionen in europäische Institutionen zur Stärkung globaler Ansätze der EU. Grundsätzlich müssen deutsche Ziele und Interessen so vermittelt werden, dass sie von anderen – und insbesondere kleineren – Mitgliedsstaaten mitgetragen werden können. Hier sollte sich Berlin weiterhin mit der Außenwahrnehmung von Deutschland auseinandersetzen und die eigenen Erwartungen mit denen anderer abgleichen. Es gilt, das Bild eines „deutschen Europas“ zu vermeiden und ihm das eines „europäischen Deutschlands“ entgegenzusetzen. Ein deutscher Führungsbegriff ist deshalb fehl am Platz. Dies wegen Deutschlands Gewicht und seiner historischen Verantwortung, aber auch wegen der Unmöglichkeit, im Verband von 28 Mitgliedsstaaten Führungsansprüche konkret umzusetzen und zu legitimieren. Stattdessen kommt es auf die Art und Weise an, wie Deutschland gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten Akzente setzt.

4.2.2 Außen- und sicherheitspolitische Leitlinien entwickeln

Deutschland sollte durch und mit Europa in die Lage versetzt werden, auf globaler Ebene zu agieren, um Frieden und Wohlstand auch zukünftig gewährleisten zu können. Die EU hat großes Potenzial, mit ihren zivilen und militärischen Instrumenten Frieden zu sichern und Konflikte zu bewältigen. Die zuvor skizzierten veränderten Rahmenbedingungen bedeuten deswegen, dass Deutschland über Außen- und Wirtschaftspolitik hinaus auch in den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik investieren muss. Trotz Wirtschaftskrise und fortbestehender Zurückhaltung, was den Einsatz militärischer Mittel betrifft, gilt es, strategische Sicherheitsinteressen zu identifizieren. Daher sollten konkrete Ziele für eine europäische Verteidigungspolitik formuliert und auch umgesetzt werden.

Der Europäische Rat hat im Dezember 2013 ein Signal gesetzt, mehr in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU – sowie in die europäische Verteidigung generell – zu investieren. Dies gilt sowohl für den Bereich der militärischen Kapazitäten und die Durchführung bestehender Missionen als auch für einen Reflexionsprozess über zukünftige sicherheitspolitische Herausforderungen. Die nächsten 18 Monate, in denen die Funktionsweise der GSVP überprüft und im Laufe des Jahres 2015 ein Bericht über sicherheitspolitische Herausforderungen in Konsultation mit den Mitgliedsstaaten erstellt werden soll, bietet EU-Mitgliedsstaaten, und damit auch Deutschland, die Gelegenheit, diesen Politikbereich mitzugestalten. Dieses Zeitfenster sollte Berlin nutzen.

4.2.3 Europäische Institutionen stärken

Um europäische Vorhaben umzusetzen, bedarf es nicht nur der Zusammenarbeit mit einzelnen Mitgliedsstaaten; auch europäische Institutionen und das europäische Regelwerk sollten genutzt,

gestärkt und, wenn nötig, auch verändert werden, um die Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern. Diese Handlungsanleitung zielt nicht nur auf die wirtschaftliche und finanzpolitische Ebene, in der die schrittweise Einführung der Bankenaufsicht deutsche Initiative zeigt und als Beispiel dienen kann, sondern auch auf andere Aspekte der Europapolitik sowie der Außenpolitik.

Die Möglichkeiten, Europa demokratisch mitzugestalten, sind seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erheblich gestiegen. Nicht nur die Kompetenzen des Europäischen Parlaments wurden erweitert, auch die nationalen Parlamente haben stärkere Einflussmöglichkeiten auf die europäische Gesetzgebung. Abgeordnete sind durch ihre Verantwortung im nationalen und europapolitischen Prozess zu wichtigen Akteuren in der Definition und Vermittlung europäischer Werte und Interessen geworden. Dies betrifft sowohl die Legitimität als auch die Handlungsfähigkeit Europas.

Außenpolitisch bieten sich der EU durch die Entstehung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) neue Gestaltungsmöglichkeiten, um diplomatische und entwicklungspolitische Akzente zu setzen. An die erste Amtsperiode, die mit dem Aufbau der Institutionen beschäftigt war, kann nun angeknüpft werden durch Konzentration auf einzelne Politikbereiche, aber auch durch Konsultation und Begleitung durch deutsche Außenpolitik. Die diplomatischen Erfolge im Kosovo und im Iran, wo die Hohe EU-Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton für die EU verhandelt hat, zeigen das zukünftige Potenzial der Institution und der geschaffenen Führungsposition. Deutschland kann die institutionelle Arbeit des EAD aktiv begleiten: durch Entsendung deutscher Beamter auf allen Ebenen (und nicht, wie bisher, mit Konzentration auf die Führungsebene), durch die Auswahl des nächsten Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik im Juni dieses Jahres, aber auch

durch Unterstützung des EAD, wenn es um konkrete Initiativen oder die Besetzung von individuellen Themen geht.

4.3 Auf globaler Ebene

4.3.1 Neuen Mächten entgegenkommen

Außen- und sicherheitspolitisch stehen die transatlantischen Beziehungen für Deutschland und Europa weiterhin an erster Stelle. Allerdings muss zusätzlich in die Beziehungen mit neuen Mächten investiert werden. Der Umgang mit diesen Staaten hat wirtschaftliche und politische Komponenten, die berücksichtigt werden müssen. Schon jetzt ist die europäische Wettbewerbsfähigkeit durch Faktoren wie die zunehmende Überalterung der Bevölkerung, hohe bürokratische Hürden, unterfinanzierte Infrastruktur und Investitionsstau gefährdet.

Auf nationaler Ebene müssen deshalb Maßnahmen zum Erhalt der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit, wie Investitionen in Forschung und Ausbildung oder eine umsichtige Einwanderungspolitik, ergriffen werden. International allerdings sollte Deutschland sich innerhalb der Welt Handelsorganisation (World Trade Organization; WTO) für den Freihandel einsetzen und, begleitend, EU-Abkommen mit den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership; TTIP) wie auch mit anderen Partnern anstreben, um wirtschaftlichen Wohlstand zu sichern.

Um konkreten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen begegnen zu können, sollte Deutschland bilateral und mit Europa intensivere Beziehungen zu „neuen Mächten“ aufbauen um, soweit möglich, gemeinsame Lösungsansätze zu globalen und regionalen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu entwickeln. Auf europäischer Ebene sollte Berlin unterstützend auf die EU einwirken, um bereits existierende strategische Partnerschaften nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im außenpolitischen Bereich zu vertiefen. Die Thematik der neuen Mächte kann

dadurch ein fester Bestandteil der europäischen Außenpolitik werden. Dies ist besonders wichtig, da die Zeichen nicht unbedingt auf Harmonie stehen, sondern auch auf politische Herausforderungen hinweisen. Deutschland und Europa müssen sich in die Lage versetzen, darauf reagieren zu können.

5 Ausblick

Eine Auseinandersetzung mit deutsch-europäischen Werten und Interessen und deren Umsetzung bleibt relevant – und dies nicht nur zu Beginn einer neuen Legislaturperiode. Die Europawahlen im Mai dieses Jahres sowie die darauf folgende Neubesetzung der Führungspositionen in Brüssel geben Deutschland die Möglichkeit, in und mit Europa Impulse zu setzen. Allerdings können populistische Elemente im Europäischen Parlament Fortschritte verhindern und die europäische Handlungsfähigkeit weiter einschränken. „Europa“ muss deshalb in der nationalen Debatte stärker thematisiert und europäische Belange der Bevölkerung verantwortungsbewusst kommuniziert werden, um Einsatz für Europa auch künftig zu legitimieren.

Das Problembewusstsein über Defizite in der deutschen Europapolitik, aber auch über Europas Rolle in der Welt ist gestiegen. Trotzdem bleibt mehr Aufmerksamkeit für Europa und die Arbeitsweise seiner Institutionen vonnöten, um deutsches Handeln in den europäischen Foren zu verbessern und diese Foren selbst zu stärken. Nur wenn es gelingt, Defizite in der Definition und Umsetzung von Interessen zu beheben, kann europäische Politik – genau wie Deutschlands Beitrag zu dieser Politik – auf eine solidere und vor allem strategischere Grundlage gestellt werden.

Damit Deutschland mit Europa den globalen Herausforderungen auch in Zukunft begegnen kann, sollte es sich von traditionellen Mustern lösen und sein wirtschaftspolitisches Engagement durch außenpolitische Akzente bereichern. Dies sollte aber nicht in einem Führungsanspruch münden. Vielmehr geht es darum, Ideen zu liefern, sich für deren Durchführung einzusetzen und somit „durch Europa“ zu agieren. Deutschland ist angesichts der gegenwärtigen Umstände in der Pflicht. Genau dies birgt aber auch eine große Chance, die sich Berlin nicht entgehen lassen sollte.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten der *stiftung neue verantwortung* ist
auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher
Genehmigung gestattet.

© stiftung neue verantwortung, 2014

stiftung neue verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin
T. +49 30 81 45 03 78 80
F. +49 30 81 45 03 78 97
www.stiftung-nv.de
info@stiftung-nv.de

Konzept und Gestaltung:
Prof. Dr. h. c. Erik Spiekermann
Edenspiekermann AG

Layout:
enoto Medienbüro Berlin, www.enoto.net

Schlusslektorat:
Heike Buhrmann, Frauke Franckenstein

Kostenloser Download:
www.stiftung-nv.de

Über das Projekt „Deutsche Europapolitik 2013+“

Die Europäische Union befindet sich in der Krise. Auch wenn eine progressive Europapolitik in den vergangenen Jahren eine Grundkonstante deutscher Außenpolitik war, bringt die Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich veränderte Anforderungen an Deutschlands Europapolitik mit sich. Dies konfrontiert die deutsche Politik mit der Herausforderung, ihre Europapolitik auf eine konzeptionell neue Grundlage zu stellen. Die vertrauten Formen von Kooperation und Integration in Europa sind bereits heute an ihre Grenzen gestoßen. Es erscheint zunehmend unwahrscheinlich, dass diese in der Europapolitik Lösungen aufzeigen werden, die ausreichend effektiv und legitim sind. Dieses Projekt untersucht, inwieweit die fortdauernde globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem veränderten Selbstverständnis deutscher Europapolitik geführt hat und inwieweit die deutsche Politik darauf vorbereitet ist, den Erwartungen der europäischen Partner an deutsche Führung und Konsensbereitschaft gerecht zu werden – und Europas internationale Handlungsfähigkeit langfristig zu gewährleisten.

Weitere Informationen und Publikationen des Projekts unter:
www.stiftung-nv.de/Deutsche_Europapolitik_2013+

Über die stiftung neue verantwortung

Die *stiftung neue verantwortung* ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank in Berlin mit einem Alumni-Netzwerk in ganz Deutschland. Die Stiftung erarbeitet auf unkonventionellen Wegen pragmatische Lösungsansätze für drängende gesellschaftliche Herausforderungen und fördert dabei die Zusammenarbeit zwischen den Sektoren Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in Deutschland. Durch ihre Fellow- und Associateships ermöglicht sie den intensiven Austausch junger Expertinnen und Experten sowie Praktikerinnen und Praktikern aus allen Sektoren.

Weitere Informationen unter: www.stiftung-nv.de